

Sowionline.
de

Transatlantic Security Relations

-

Status Quo, Perspektiven und Neudefinition

Jan-Frederik Kremer

Sowionline.de / Analyse / PW-IB.08.12

Jan-frederik.kremer@rub.de

Abstract:

Die Analyse legt den Stand transatlantischer Sicherheitszusammenarbeit anhand der Darstellung der jeweiligen Konzepte und Grundlagen (EU und USA) und der beteiligten Institutionen dar und geht auf bestehenden Dissens und Konsens in den Konzepten zur Abwehr der Bedrohungsszenarien des 21. Jahrhunderts ein. Weiter wird der Frage nachgegangen, ob die bestehenden institutionellen Instrumente und Regime (NATO, GASP, UN) den sicherheitspolitischen Anforderungen einer effizienten transatlantischen Sicherheitszusammenarbeit genügen, oder ob neue institutionelle Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen und falls ja, wie diese implementiert werden können.

Der Analyse liegt die Prämisse zu Grunde, dass Angesichts der Bedrohungsszenarien des 21. Jahrhunderts eine Zusammenarbeit der EU und der USA in der Sicherheitspolitik von Nöten ist, "to make the world a more safer place". Einher geht diese Prämisse mit der Forderung einer kohärenteren, effektiveren und einflussreicheren Rolle der EU als außenpolitischer Akteur gegenüber den Nationalstaaten und gegenüber der USA.

Autor:

Jan-Frederik Kremer <jan-frederik.kremer@rub.de>

Jahrgang 1986: Studium der Politikwissenschaften, Sozialwissenschaften, Geschichte und Philosophie. Hilfskraft am Institut für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik und Lehrassistent am Lehrstuhl für Internationale Politik der Ruhr-Universität Bochum (2007).

Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG.....	4
1. „TANSATLANTIC SECURITY RELATIONS“ – AMERIKANISCHE UND EUROPÄISCHE FAKTOREN	6
2. WIE KANN EINE NEUDEFINITION DER „TANSATLANTIC SECURITY RELATIONS“ GELINGEN?	12
SCHLUSSFOLGERUNGEN	15
ABKÜRZUNGEN.....	16
LITERATUR	17

Einleitung

Besondere Bedeutung für die Beziehungen zwischen den USA und den EU Staaten hat seit der Mitte des 20. Jahrhunderts die transatlantische Sicherheitspolitik und Zusammenarbeit auf diesem Feld. Sichtbarste Organisation dieser Zusammenarbeit war (und ist zum Teil) seit 1949 die North-Atlantic Treaty Organization (NATO).¹ Bis zum Ende des Kalten Krieges war die NATO diejenige Organisation, in welcher sich transatlantische Sicherheitspolitik im Wesentlichen abspielte.² Die europäischen Staaten profitierten von dem atomaren, wie konventionellen Schutz durch die Amerikaner, während die USA Europa als Auflauf- und Abhörbasis für ihre Operationen nutzen konnten. Mit dem Ende des Kalten Krieges, aber insbesondere durch die Ereignisse von 9-11, wandelte sich das globale sicherheitspolitische Umfeld grundlegend. Die USA befinden sich seitdem im „*war against terror*“³ gegen eine als asymmetrisch bezeichnete militärische Bedrohung, dem internationalen Terrorismus.⁴ Vor diesem Hintergrund erscheint auch eine Neudefinition der transatlantischen Sicherheitszusammenarbeit von Nöten. So zeigte nicht nur der Disput über eine (Nicht-)Beteiligung Deutschlands und Frankreichs⁵ am Irak Krieg, dass die NATO nach dem Wegfall ihrer ordinären Bestimmung, der Eindämmung der sowjetischen Aggression,⁶ der Breite zukünftiger transatlantischer Sicherheitsbeziehungen wohl nicht gewachsen ist. Auch in den Bereichen „*ziviler Wiederaufbau*“, „*nation building*“, „*reconstruction*“ und nicht

¹ Vgl.: von **Plate** (2003, Mai): 5.

² Es muss jedoch auch erwähnt werden, dass freilich auch Kooperationen und Konsultationen außerhalb der NATO erfolgten. Nichtsdestotrotz wurde die NATO nach dem zweiten Weltkrieg zur wichtigsten Organisation der Konsultation und Zusammenarbeit von Europäern und USA im Kontext sicherheitspolitischer Fragestellungen.

³ Vgl.: **National Security Strategy (NSS 06)** of the United States of America (2006), Introduction: „*America is at war. This is a wartime strategy*“<http://www.whitehouse.gov/nsc/nss/2006/nss2006.pdf>. Ebenso die **National Defense Strategy (NDS)** of the United States of America spiegelt dies wieder. Vgl.: NDS, <<http://www.defenselink.mil/news/mar2005/d20050318nds2.pdf>>. Die Diskussion, ob der Terrorismus, wie er sich nach 9-11 zeigte ein neues Phänomen ist, kann an dieser Stelle nicht geführt werden. Es sei jedoch auf die Kontroverse zu diesem Thema verwiesen.

⁴ Vgl.: **Haftendorn** (2005, Februar): 9-10, sowie: **Posen**, Barry R. (2002): 39-55.

⁵ Als NATO Mitglieder. Russland erscheint in diesem Kontext für die Rolle der NATO weniger relevant.

⁶ So zumindest die offizielle Rezeption der NATO Mitgliedstaaten. Für die osteuropäischen Mitgliedstaaten scheint jedoch freilich diese Schutzfunktion weiterhin Attraktivität zu haben. Hierzu weiter: **Haftendorn** (2005, Februar): 7.

militärische Bekämpfung des internationalen Terrorismus bestehen deutliche Defizite.⁷

Gehen wir von der Prämisse aus, dass zukünftige transatlantische Zusammenarbeit und Sicherheitspolitik (*engl. „transatlantic security relations“*) über die Grenzen der bisherigen Struktur der NATO hinausgehen muss, so stellt sich unweigerlich die Frage nach Konzepten für eine Ausgestaltung der zukünftigen Zusammenarbeit. Will man sich dieser Frage jedoch seriös, sachdienlich und abseits politischer Wahrsagerei nähern, so ist es unausweichlich sich zuvorderst vor Augen zu führen, wie und in welchem institutionellen Rahmen die transatlantische Zusammenarbeit und Sicherheitspolitik bislang abläuft, wo hier Konsens, bzw. Dissens zwischen den Akteuren EU und USA konstatiert werden kann und welche Positionen vertreten werden (Kapitel 1). Darauf aufbauend kann sich der Frage zugewandt werden, wie eine Neudefinition der *transatlantic security relations* gelingen kann (Kapitel 2). Folglich stehen folgende Fragestellungen zur Klärung an:

- Wie gestalten sich bislang die *transatlantic security relations*?
- In welchen institutionellen Rahmenbedingungen spielen sie sich ab?
- Welche Eigenarten lassen sich für die EU und die USA festhalten?
- Wo gibt es zwischen den USA und der EU Konsens über eine zukünftige transatlantische Sicherheitspolitik?
- Wo hingegen müssen wir einen Dissens konstatieren?
- Welche Perspektiven für eine zukünftige transatlantische Zusammenarbeit und Sicherheitspolitik können wir aus diesen Befunden ableiten, im Hinblick auf die Frage: Wie eine Neudefinition der *transatlantic security relations* gelingen kann?

⁷ Vgl.: von **Plate** (2003, Mai): 10-11, 19-20. Auch Helga Haftendorn weist deutlich auf diese Mängel hin, vgl.: **Haftendorn** (2005, Februar): 13-18, weiter **Heise** (2007, August): 12-15.

1. „*tansatlantic security relations*“ – Amerikanische und Europäische Faktoren

Wie bereits in der Einleitung erwähnt befinden sich die USA seit 9-11 im Kriegszustand gegen den internationalen Terrorismus.⁸ Die NSS 2002, ebenso wie die NSS 2006 und die NDS der Vereinigten Staaten benennen den internationalen Terrorismus, zusammen mit der Gefahr der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, als die zentralen Bedrohungen des 21. Jahrhunderts.⁹ Mit der Ausformulierung der *National Strategy for Combating Terrorism* begegnen die USA dieser Bedrohung konkret und versprechen den Einsatz sämtlich notwendiger Mittel um physischen Schaden von der eigenen Bevölkerung abzuwenden.¹⁰ Hierbei werden militärische Mittel nicht nur ausdrücklich erwähnt und als Teil der Lösung im Kampf gegen den „internationalen Terrorismus“ angesehen, sondern gelten als bevorzugtes Mittel der Wahl.¹¹ Weiter behalten sich die Vereinigten Staaten das Recht vor, in Zukunft präemptiv gegen mögliche Bedrohungsszenarien militärisch vorzugehen.¹² Zweifelsohne lässt sich seit der zweiten Amtszeit George W. Bush und der Einsetzung von Condoleezza Rice als *secretary of state* auch eine Hinwendung zu zivilen Maßnahmen gegen den Terror finden. Auch scheinen die USA erkannt zu haben, dass auch die sozialen Ursachen des Terrorismus Beachtung finden müssen, will man den Kampf gegen selbigen erfolgreich führen, nichtsdestotrotz spielen militärische Lösungen weiterhin eine

⁸ Vgl.: Fußnote 3, weiter die Darstellung bei **Rudolf** (2005, September):7-10. Eine Amerikanische Sicht der Dinge liefert: **Posen**, Barry R. (2002): 39-55.

⁹ Vgl.: **National Defense Strategy** of the United States of America
<<http://www.defenselink.mil/news/mar2005/d20050318nds2.pdf>>

National Security Strategy of the United States of America (2002)
<<http://www.whitehouse.gov/nsc/nss/2002/nss.pdf>>

National Security Strategy of the United States of America (2006)
<<http://www.whitehouse.gov/nsc/nss/2006/nss2006.pdf>>

¹⁰ Vgl.: **National Strategy for Combating Terrorism** (September 2006)
<<http://www.whitehouse.gov/nsc/nsct/2006/nsct2006.pdf>>

¹¹ Vgl. hierzu neben den in Fußnote 10 und 11 genannten Dokumenten weiter: **Rudolf** (2005, September), von **Plate** (2003, Mai): 10-13, sowie **Zacchary** / Ritter (2006, May): die Aufstellung über die Sicherheitsstrategie der USA. Weiter: **Haftendorn** (2005, Februar): 11-13.

¹² Zum Konzept des „*preemptive war*“: **Arend** (2003, Spring), vgl. auch: **National Strategy for Combating Terrorism** (September 2006) <<http://www.whitehouse.gov/nsc/nsct/2006/nsct2006.pdf>> .

Schlüsselrolle beim „war on terror“.¹³ Folgt man den Annahmen von Rees und Aldrich¹⁴, dass die USA auf Grund einer ihr eigenen „strategic culture“ generell eher zu militärischer Konfliktlösung neigen,¹⁵ so lässt sich in diesem Punkt auch in Zukunft keine grundlegende strategische Änderung erwarten. Auch scheinen Faktoren, wie der Glaube von Teilen der Handelnden in den USA an eine bestimmte Form des amerikanischen Exzeptionalismus und der moralischen Führerschaft im Sinne einer moralischen Überlegenheit der eigenen Positionen, es unwahrscheinlich zu machen, dass die USA unter der neuen Administration Obama vollends von den bisherigen Pfadabhängigkeiten lösen kann und es zu einer Kehrtwende in der Außenpolitik kommt.¹⁶ Weiter muss bedacht werden, dass die innenpolitische Kompetenzaufteilung zwischen dem Präsidenten und dem Kongress in der Außen- und Sicherheitspolitik, in der Regel dazu führt, dass der Handlungsspielraum des Präsidenten zu Ungunsten wahlkreis- und interessenabhängiger Senatoren, wie Repräsentanten eingeschränkt wird.¹⁷ Folglich kann für den Fall der USA (ebenso wie für die EU, was weiter unten zu zeigen sein wird) nicht von einer kohärenten Außenpolitik gesprochen werden. Sie wird stets von innenpolitischen Faktoren, wie p.e. der in der Regel eher unilateral eingestellten Senatsmehrheit, maßgeblich beeinflusst.¹⁸ Daher sollte man stets vorsichtig sein mit Thesen, welche eine einseitige Ausrichtung der US Außenpolitik unterstellen.

¹³ So zeigt die **NSS 2006** der Vereinigten Staaten im Vergleich zur Version aus dem Jahre 2002 hier einen gewissen Wandel in der Wahl der Instrumente (vgl. besonders die Kapitel VI, VII und VIII der NSS 2006), so wird die Rolle von Unfreiheit, Bildungsnot und sozialer Unzufriedenheit als Ursachen von Terror anerkannt (auch die **National Strategy for Combating Terrorism**, kennt dies an: Seiten 9-16), es wird jedoch nicht davon Abstand genommen weiterhin primär militärische Lösungen in Betracht zu ziehen (hierzu: **Gärtner** (2005a): 140-141, sowie **Heise**(2007, August): 9)

¹⁴ Vgl.: **Rees**, Wyn / Aldrich, Richard, J. (2005).

¹⁵ Ibidem, 906-909, weiter: 913-914.

¹⁶ Nicht zuletzt die Äußerungen von Barack Obama zur Lage in Afghanistan scheinen diese Vermutung zu stützen. So wird Obama wohl deutlich mehr Engagement, auch militärisches in Afghanistan und Pakistan (hier sogar in Form präemptiver Maßnahmen) erwarten und in Betracht ziehen. Vgl.: „Der neue Präsident wird mehr verlangen“, Interview mit Karen Donfried, Süddeutsche Zeitung, 04.11.2008, <<http://www.sueddeutsche.de/politik/619/316501/text>>, sowie ebenso: <http://www.centcom.mil/en/news/gates-pakistan-must-do-better-job-near-border.html>, als Lageeinschätzung des Militärs.

¹⁷ Allgemein zur Bedeutung der Innenpolitik für die Außenpolitik der USA und der EU: **Risse** (2004):226-233.

¹⁸ Vgl.: **Dittgen**, Herbert (1995): 420-444.

Diese hier geschilderte Gemengelage führt, neben weiteren Faktoren,¹⁹ zu bestimmten Erwartungen, welche die USA an eine transatlantische Zusammenarbeit im Bereich des Politikfeldes der Sicherheitspolitik haben.

So stehen die USA starren und dauerhaften multilateralen Lösungen eher skeptisch gegenüber. Organisationen wie die UN werden nicht mehr unmittelbar als Medium begriffen, in dem internationale Konflikte gelöst werden können.²⁰ Bei Rees, Wyn / Aldrich, Richard, J. (2005) heißt es dazu: "...*the United States become fearful of being constrained by the veto power of allies...* ", und weiter haben die USA eine Zuneigung gegenüber kurzzeitigen Kollationen ohne Regimeartige institutionelle Bindung²¹: "*The administration has been selective about its international partners and openly critical about the value of the United-Nations*".²² Es scheint sich bei den Handelnden und Theoretikern in den USA die Einsicht durchgesetzt zu haben, dass das institutionelle Netzwerk aus der Zeit des Kalten Krieges für die Bekämpfung der Bedrohungen des 21. Jahrhunderts, wie dem internationalen Terrorismus und der Verbreitung atomarer, biologischer, wie chemischer Waffen nur noch eingeschränkt brauchbar ist. Realisten²³ in den USA, wie Robert Kagan, gehen sogar soweit zu behaupten, andere Staaten und auch Verbündete wie die EU nutzen eben diese Institutionen, um die USA zu schwächen.²⁴ Da man davon ausgehen kann, dass Positionen wie diese bei einem Großteil der Senatoren, auch demokratischer, Anklang finden, ist kaum damit zu rechnen, dass die USA zu einem „*wilsonian*“ Multilateralismus zurückkehren werden, wie in den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg.²⁵

Diese Sicht der Dinge schlägt sich auch auf die Positionierung der USA gegenüber der NATO und der ESVP wieder. Die Anstrengung der EU im

¹⁹ Welche in diesem Rahmen nicht vollständig erwähnt werden können, es sei an dieser Stelle jedoch nochmals verwiesen auf **Dittgen**, Herbert (1995): 420-444.

²⁰ Vgl.: **Rees**, Wyn / Aldrich, Richard, J. (2005): 915.

²¹ Regime im Sinne der Institutionendefinition von Robert Keohane.

²² *Ibidem*, S. 915.

²³ Bezieht sich hier auf Denkschule des Realismus.

²⁴ Vgl.: **Kagan**, Robert (2002, June, July): 3-28.

²⁵ An der grundlegenden Skepsis gegenüber der UN dürfte sich auch unter Obama nicht sonderlich viel ändern, so betonte Obama mehrfach in seinem Wahlkampf, dass auch er nicht davor zurückschrecken werde sein Land im Notfall auch ohne ein UN Mandat zu verteidigen und die Bürger der USA zu schützen.

Hinblick auf die Schaffung einer ESVP werden von den USA ambivalent beurteilt: Zwar fordern die USA seit längerer Zeit von der EU mehr Kohärenz, Erwartbarkeit und Transparenz in ihrer Sicherheitspolitik²⁶, jedoch sind die USA keineswegs an einem europäischen Gegenspieler, oder der totalen Schwächung der NATO interessiert.²⁷ So werden Bemühungen wie die Aufstellung der *EU Battle-Groups* keineswegs ausschließlich positiv gesehen. In Bezug auf die NATO treffen wir auf eine Reihe weiterer Probleme: So zeichnet sich zum einen ab, dass die USA in Zukunft nicht mehr alleinig auf die Institution der NATO setzen wollen, wenn es darum geht internationale Konflikte zu lösen. Die NATO wird vielmehr als „*tool box*“²⁸ gesehen, deren wirksame Instrumente man fallabhängig einsetzen sollte. Eine Einschränkung der amerikanischen Souveränität und Entscheidungsfähigkeit durch ihre Verbündeten in der NATO scheint die USA nicht hinnehmen zu wollen.²⁹ Diese Sichtweise könnte zu Problemen mit den europäischen Staaten führen, die mehr Mitsprache in der NATO wünschen. Zwar gibt es eine Reihe von institutionalisierten Konsultations- und Abstimmungsmechanismen zwischen der EU und der NATO, wie das *International Coordination Center*, das *EU Operation Headquarter* und weiterer operativer Verschränkungen, welche die Führung der *European Reaction Force* der EU betreffen. Es muss jedoch angenommen werden, dass die EU ohne die Führungsstruktur, wie auch der Infrastruktur der NATO gar nicht in der Lage ist größere militärische Operationen zu unternehmen und daher auf die NATO angewiesen ist.³⁰ Auch die Vereinbarungen im Rahmen der Berlin-Plus Verhandlungen, dass die EU unter bestimmten Bedingungen auf die Ressourcen der NATO zurückgreifen kann stützen diese Vermutung. Insofern wäre die institutionelle Zusammenarbeit mit der NATO mehr der eigenen Schwäche, als redlicher Motivation geschuldet.

²⁶ Vgl.: **Haftendorn** (2005, Februar): 19.

²⁷ Vgl.: von **Plate** (2003, Mai).

²⁸ Siehe: von **Plate** (2003, Mai): 16.

²⁹ Zur NATO Problematik weiter: **Karp**, Regina (2005): 113-115, sowie die brillante Bestandaufnahme bei: **Nelson** (2005): 121-125.

³⁰ So sieht es auch **Ondarza** (2008, Oktober): 8-9.

Um es kurz zu sagen, die EU ist bei weitem nicht militärisch so leistungsstark wie die USA. Hinzu kommt, dass sich die ESVP, ebenso wie die GASP, nicht gerade transparent und kohärent zeigt,³¹ was die militärische Komponente betrifft.³² Die drei maßgeblich beteiligten Organe an der ESVP sind der Europäische Rat, das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK) und die European Defense Agency als Evaluationsorgan und Beratungsstelle. Entscheidungen werden hingegen nur einstimmig im Rat getroffen, hier gilt das intergouvernementale Prinzip der Einstimmigkeit fort.³³ Dies führt in der Konsequenz in der ESVP häufig zu einer Politik des „kleinsten Konsenses“, welche nicht immer einher geht mit einem angemessenen Maß an Transparenz und Effektivität. Enorme Effektivitätsprobleme lassen sich auch bei der Erreichung des *European Headline Goals* (EHG) konstatieren. Zwar wurde offiziell die Truppenstärke einer schnell (innerhalb von 30 Tagen) und dauerhaft durchhaltefähigen Truppe von 60.000 Mann,³⁴ welche global einsetzbar ist, erreicht, es ist jedoch so, dass es hier noch teils gravierende Defizite in der Logistik und Planung gibt. So muss angenommen werden, dass die Europäer nur sehr schwer, bis überhaupt nicht in der Lage sind wirklich 60.000 Mann innerhalb von 30 Tagen global für *peacekeeping* Einsätze u.Ä. bereitzustellen, ohne auf die Infrastruktur der NATO und damit letztlich der USA zurückgreifen zu müssen.³⁵ Wenn man noch die Anspannung der militärischen Ressourcen einiger europäischer Nationen (wie der BRD), bisheriger Einsätze (u.A. Afghanistan, Balkan) dazurechnet so scheint es unmöglich dem Anspruch des EHG gerecht zu werden. Hinzu kommt, dass den Streitkräften der EU Mitgliedstaaten³⁶ bei vergleichbarer Größe (EU: 1,91 Millionen; USA: 2 Millionen) nur knapp die Hälfte der finanziellen Mittel zur Verfügung stehen,

³¹ Vgl.: **Benediek**, Annegret (2006, September): 15-18.

³² Ibidem.

³³ Vgl.: **Ondarza** (2008, Oktober): 13-14.

³⁴ Eine gute Übersicht finden wir bei: **Gärtner** (2005): 137-141.

³⁵ Vgl.: **Heise**(2007, August): 13: „...der Zeitpunkt, an dem das Headline Goal vollständig erfüllt sein wird, ist weiterhin nicht abzusehen.“

³⁶ Genauer die 24 an der EDA beteiligten Staaten.

wie den Streitkräften der USA (USA: 406 Mrd. € p.a, EU: 193 Mrd, € p.a.).³⁷ Insofern erscheint die Forderung einer „Partnerschaft auf Augenhöhe“ aus militärischer Sicht kaum ernst zu nehmen zu sein.³⁸ Auch wird diese Forderung erheblich dadurch erschwert, dass die Beschaffung und Führung der nationalen Streitkräfte der EU Staaten weiterhin Größtenteils den nationalen Instanzen unterliegt. Zwar gibt es zwischen den Zielformulierungen der ESS und den nationalen Sicherheitsstrategien kaum nennenswerte Konflikte, nichtsdestotrotz stellt dieser Umstand ein Problem für eine höchst mögliche Kohärenz der Politik der ESVP dar.³⁹

Wichtig ist noch zu erwähnen, dass bei der Definition der Bedrohungen für die eigene Sicherheit es keinen nennenswerten Dissens zwischen den USA und der EU gibt. Auch die EU benennt in der ESS⁴⁰ den internationalen Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen als virulente Bedrohungen der Sicherheit Europas. Doch auch Regionale Konflikte, „*failed states*“ und organisierte Kriminalität stehen hier gleichberechtigt im Fokus.⁴¹

In der Wahl und Auflistung der Instrumente der Bekämpfung dieser Bedrohungen besteht hingegen Dissens, die EU hat erkannt, dass auch die sozialen, wie gesellschaftlichen Umstände entscheidend sind für die oben genannten Bedrohungsszenarien.⁴² Insofern legt sie stärker Wert auf „*präventive Maßnahmen*“ der Bedrohungsabwehr:⁴³ Terrorismus und die Verbreitung von WMD sollen verhindert werden, bevor sie geschehen, in diesem Kontext werden *failed states* und regionale Konflikte zu gleichrangigen Bedrohungsszenarien, die es zu verhindern gilt. Dies setzt eine konzertierte Entwicklungszusammenarbeit und die Anwendung ziviler Mechanismen, wie die Förderung von „*good governance*“ voraus, weniger rein militärische

³⁷ Zahlen aus: Heise(2007, August): 12.

³⁸ Vgl.: „Europa will Partnerschaft auf Augenhöhe mit den USA“, Süddeutsche Zeitung, 4.11.2008.

³⁹ Das Weißbuch der BRD betont ausführlich und deutlich die europäische Komponenten der deutschen Verteidigungspolitik. Für einen Überblick über die nationalen Sicherheitsstrategien siehe: Ritter, Zaccary / Schmidt, Peter (2006, May). Für die Position der ESVP: Europäische Sicherheitsstrategie (ESS), „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“, Brüssel, Dezember 2003.

⁴⁰ Europäische Sicherheitsstrategie (ESS), „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“, Brüssel, Dezember 2003, Seite 4-6.

⁴¹ Ibidem, 5-6.

⁴² Ibidem, Einleitung.

⁴³ Vgl.: ESS, Folgende Schilderungen nach: Heise(2007, August): 9-15.

Lösungsansätze, wie sie in der Regel von den USA favorisiert werden. Während in den USA die Ansicht vorherrschen mag, selbigen Bedrohungen kann nur mit einer neuen Form des Rechts und der Strategie (p.e. extraterritoriale Gefangenenlager, Einschränkungen der individuellen Freiheitsrechte, Zentralisierungstendenzen der Intelligence) begegnet werden, so setzt die EU auf die Stärkung bewährter ziviler Mittel,⁴⁴ insbesondere auf juristische, polizeiliche und nachrichtendienstliche Arbeit. Die EU teilt nicht die amerikanische Auffassung,⁴⁵ dass das Problem des Terrorismus mit militärischen Mitteln besiegt werden kann.⁴⁶ Die EU Staaten setzten fast ausschließlich auf nicht-militärische Lösungsansätze oder eine Mischung. Man kann durchaus behaupten, dass die EU in der Anwendung ziviler Instrumente deutlich erfahrener und erfolgreicher als die USA sind.⁴⁷ Ein weiterer Disput zwischen der EU und der USA besteht in der Unterstützung multilateraler Lösungen: Die EU setzt auf einen „wirksamen Multilateralismus“⁴⁸, begriffen als verbindliche internationale Regime, zur Lösung der sicherheitspolitisch relevanten Problemfelder. Wie bereits weiter oben gezeigt wurde stehen die USA einen derartigen Multilateralismus eher skeptisch gegenüber, sie favorisieren eine Form, des für sie zweckdienlichen „instrumentellen Multilateralismus“.⁴⁹

2. Wie kann eine Neudefinition der „*tansatlantic security relations*“ gelingen?

Im letzten Kapitel wurde aufgezeigt, wie die Sicherheitspolitik der USA und EU im Wesentlichen aufgebaut ist und welche Instrumente zu ihrer

⁴⁴ Ibidem, S. 9.

⁴⁵ Der Autor dieses Papiers kann auch bei der neuen Administration hier keinen grundlegenden Wandel erkennen, zwar wurde wohl erkannt, dass militärische Mittel allein nicht ausreichend sein können, von einem grundlegenden turn-over in Richtung einer EU ähnlichen Strategie kann aber keine Rede sein. Auch die Strategie des ehemaligen Kommandanten im Irak und neuen CENTCOM Kommandierenden General Petraüs ist im Wesentlichen eine militärische. Hierzu Petraüs zu Pakistan: http://www.nytimes.com/2008/11/04/world/asia/04pstan.html?_r=1&partner=rssnyt&emc=rss&oref=slogin.

⁴⁶ Allgemein zur Wahrnehmung des Terrorismus und zu Lösungsansätzen: **Cuthbertson**, Ian M. (2005).

⁴⁷ Freedman bevorzugt ebenso das europäische Konzept, vgl.: **Freedman**, Lawrence (2003, Spring).

⁴⁸ **ESS**, 9.

⁴⁹ Gemeint ist damit, dass eine Zusammenarbeit in internationalen Regimen und Institutionen nur dann als zweckdienlich angesehen wird, wenn diese essentiellen amerikanischen Interessen nicht zuwider läuft und die USA keine Fremdbestimmung befürchten muss.

Erreichung favorisiert werden. Weiter wurde an einigen Beispielen aufgezeigt, wo ein Konsens besteht und wie Dissens in den Positionen festgehalten werden muss. In diesem Abschnitt soll ein Ausblick gewagt werden, welche Faktoren erfüllt sein müssten, damit eine Neudefinition der „*transatlantic security relations*“ gelingen kann.

Nach Meinung des Autors kann eine solche Neudefinition nicht allein auf der Grundlage des bisherigen institutionellen Rahmens erfolgen. So erscheint die NATO weniger als Lösung, denn vielmehr als Teil des transatlantischen Dissenses, was die Debatte über die Neuausrichtung der NATO auf dem Prager Gipfel zeigte. Auch kann wohl kaum erwartet werden, dass durch die Aufnahme weiterer Staaten in die NATO die Interessenslage hier homogener und einfacher zu vermitteln sein wird. Die Verwendung der NATO als „*tool box*“ erscheint dem Autor hingegen weit weniger nachteilig, als manche Statements vermuten lassen.⁵⁰ So spricht wenig dagegen die eingespielten (Kommando-) Strukturen der NATO zu instrumentalisieren und zu nutzen, auch im Rahmen loser Koalitionen. Bis auf den Eintritt des unwahrscheinlichen Verteidigungsfalles nach Artikel 5, scheint es wenig evident, dass sich sämtliche Mitgliedstaaten der NATO an Militäraktionen beteiligen werden. Nichtsdestotrotz behält die NATO ihren wichtigen Wert für die Führung, Organisation und Ausbildung der Streitkräfte, sowie die Planung und Logistik von Einsätzen. Hier müssten jedoch klare Regelungen gefunden werden, wie und unter welchen Bedingungen die NATO als „*tool box*“ eingesetzt werden kann und soll, insbesondere was die Lastenverteilung angeht. Diese Fragen können jedoch kaum innerhalb der NATO geklärt werden, sondern bedürfen Klärung auf höchster Ebene.

Grundlegend sollte eine Neudefinition der transatlantischen Beziehungen nicht a priori an die Semantik der Vergangenheit gebunden sein, was heißen soll: Die Neudefinition muss ein diskursiv offener Prozess sein und es darf nicht

⁵⁰ Diese Tendenz schwingt so p.e. bei **Haftendorn** (2005, Februar) und **Krell** (2003) mit. Von **Plate** sieht dies jedoch ebenso wie **Karp** weniger schlimm. Gerade den Betrag von von Plate kann man jedoch, trotz seiner teilweise vorhandenen analytischen Schärfe, kaum als seriös ansehen, so verweigert sich von Plate aus dem Autor dieser Arbeit unerfindlichen Gründen jedweder Nennung von Quellen oder Belegen von Zahlen und Zitaten und daher sind seine Annahmen intersubjektiv nicht zu überprüfen.

Tabu sein, die Frage zu stellen, ob bestehende Institutionen sinnvoll für diesen sind und welche Änderungen vorgenommen werden müssen. Sowohl die USA, als auch die EU verfügen über Stärken und Schwächen, welche nicht antagonistisch sind, sondern sich komplementär ergänzen könnten. Zuvorderst sollte ein ernsthafter Diskurs über diese einsetzen, wobei beide Parteien die Bereitschaft mitbringen müssen von ihren Positionen etwas abzurücken. Doch schon die Benennung der spezifischen Stärken und Schwächen dürfte ein Stück Arbeit sein. Die EU ist hier gefordert: Sie wird der USA vermitteln müssen, weshalb es für die USA fahrlässig wäre auf die enorme Kompetenz der EU in den Bereichen des *Wiederaufbaus*, *state building* etc. zu verzichten. Dies sollte weniger über normative Argumente erfolgen, als darüber der USA den ökonomischen Nutzen (Kostenteilung) einer Arbeitsteilung deutlich zu machen. Eine derartige Arbeitsteilung kann keine strikte nach „*militärische Operationen*“ versus „*zivile Operationen*“ sein, vielmehr könnte sich auch eine fallspezifische sein: Beide Seiten akzeptieren gegenseitige Einflussphären und Kernkompetenzen in verschiedenen Bereichen der Sicherheitspolitik. So steht beispielsweise die amerikanische Kompetenz nahezu jeden Gegner militärisch in einem konventionellen Konflikt besiegen zu können außer Frage, bei der *Absicherung von Wahlen*, *state building* u.A. scheint aber die EU und besonders auch die BRD deutlich effektivere Konzepte zu verfolgen. Erst nachdem man solche grundlegende Fragen geklärt hat, welche sich aus der neuen geopolitischen Lage nach dem Ende des Kalten Krieges und 9/11 ergeben, kann und sollte man dazu übergehen sich Gedanken zu machen, wie man die Institutionen verändern oder verwenden kann, welche aus der Zeit des Kalten Krieges stammen. Es macht jedoch wenig Sinn, sich Gedanken über eine Reform p.e. der NATO und UN zu machen, wenn noch erhebliche Differenzen in den Zielvorstellungen und der Bedrohungsanalyse bestehen. Gerade von den Europäern und auch der BRD erfordert dies aber auch die Bereitschaft über bestehende Regime einen ergebnisoffenen Diskurs zu führen. Dabei darf auch die UN nicht sakrosankt sein. Die naive, in der EU vertretene Meinung, die UN als maßgeblich

Institution und internationales Regime anzusehen, welches nunmehr seit fast 70 Jahren nicht grundlegend reformiert wurde, ist utopisch und offenbart eine ahistorische, nahezu ontologisch argumentierende Sicht der Dinge. Wenn die UN nicht mehr in der Lage ist die Interessen der USA und EU adäquat wiederzugeben und zur Arena der Diktaturen und Autokratien wird, sollte man ihren Einfluss merklich beschneiden, wie die USA es fordert.

Bei der Neudefinition der transatlantischen Beziehungen müssen auch Lösungen außerhalb bisheriger Regime möglich bleiben.

Schlussfolgerungen

Abschließend kann folgendes festgehalten werden: Bei der Ausformulierung und der Wahl der Instrumente zur Erreichung der eigenen Sicherheit konnten teils erhebliche Differenzen zwischen den USA und der EU herausgearbeitet werden. Insbesondere was die Wahl der Mittel zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus und der Verbreitung von WMD angeht, mussten gravierende Unterschiede konstatiert werden. Will eine Neudefinition der *transatlantic security relations* gelingen, so müssen beide Partner bereit sein Konzessionen einzugehen und Verständnis für die Position des anderen aufbringen. Auch müssen beide Partner bereit sein die Stärken des jeweils anderen anzuerkennen und diese zu nutzen, was auch eine gewisse Bereitschaft erfordert zum Überdenken eingefahrener strategischer Konzepte auf beiden Seiten des Atlantiks. Es steht zu hoffen, dass eine solche Neudefinition wirklich erfolgen kann, denn nur die EU und die USA zusammen als starke Partner, die sich ergänzen und nicht in Konkurrenz treten, können die Probleme und Bedrohungen des 21. Jahrhunderts adäquat lösen. Angesichts der Aktualität und Intensität dieser sollte die Neudefinition schnellsten erfolgen, um mögliche negative Effekte zu verhindern.

Abkürzungen

BG	-	Battle Group
CIMIC	-	Civilian-Military Cooperation
CT	-	Counterterrorism
DGP	-	Defense Group on Proliferation
ECAP	-	European Capabilities Action Plan
ECE	-	EU Command Element
EDA	-	European Defense Agency
EHG	-	European Headline Goal
ESS	-	Europäische Sicherheitsstrategie
ESVP	-	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
EU	-	Europäische Union
EUMC	-	European Military Committee
GALILEO	-	Satellitengestütztes globales Positionierungssystem der EU und EADS
GASP	-	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
NATO	-	North Atlantic Treaty Organization
NDS	-	National Defense Strategy of the United States of America
NRF	-	NATO Response Force
NSRF	-	NATO Stabilization and Reconstruction Force
NSS 02	-	National Security Strategy of the United States of America 2002
NSS 06	-	National Security Strategy of the United States of America 2006
UN	-	United Nations
WMD	-	Weapons of Mass destruction

Literatur

- Arend**, Anthony Clark (2003, Spring): International law and the preemptive use of military force, in: The Washington Quarterly, 26:2, 89-103.
- Benediek**, Annegret (2006, September): Mehr Kohärenz und mehr Finanzklarheit für GASP und ESVP, in: **Perthes**, Volker / Mair, Stefan (edd.)(2006, September): Europäische Außen- und Sicherheitspolitik. Aufgaben und Chancen der deutschen Ratspräsidentschaft, Studie für die Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin (SWP), Berlin, 15-18.
- Cuthbertson**, Ian M. (2005): Peering into the Abyss: Understanding and Combating NBC Terrorism, in: **Gärtner**, Heinz / Cuthbertson, Ian. (edd.)(2005): European Security and Transatlantic Relationsafter 9/11 and the Iraq war, Hampshire / New York, 66-81.
- „**Der** neue Präsident wird mehr verlangen“, Interview mit Karen Donfried, Süddeutsche Zeitung, 04.11.2008, <<http://www.sueddeutsche.de/politik/619/316501/text>>
- Diedrichs**, Udo / Wessels, Wolfgang (2003): Die erweiterte EU als internationaler Akteur. Für eine gemeinschaftsorientierte Flexibilitätsstrategie, in: Internationale Politik, I/2003, 11-18.
- Dittgen**, Herbert (1995): Präsident und Kongreß im außenpolitischen Entscheidungsprozeß, in: Jäger, Wolfgang / Welz, Wolfgang (edd.) (1995): Regierungssystem der USA, München / Wien / Oldenbourg, 420-440.
- EU-NATO**: The framework for permanent relations and Berlin-Plus, Übersichtspapier der European Defense Agency, .
- „**Europa** will Partnerschaft auf Augenhöhe mit den USA“, Süddeutsche Zeitung, 4.11.2008.
- Europäische Sicherheitsstrategie (ESS)**, „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“, Brüssel, Dezember 2003.
- Freedman**, Lawrence (2003, Spring): Prevention, not Preemption, in: The Washington Quarterly, 26,2, 105-114.
- Gärtner**, Heinz / Cuthbertson, Ian. (edd.)(2005): European Security and Transatlantic Relationsafter 9/11 and the Iraq war, Hampshire / New York.
- Gärtner**, Heinz (2005a): European Security and Transatlantic Relations after 9/11 and the Wars in Afghanistan and Iraq, in: **Gärtner**, Heinz / Cuthbertson, Ian. (edd.)(2005): European Security and Transatlantic Relationsafter 9/11 and the Iraq war, Hampshire / New York, 134-148.
- Haftendorn**, Helga (2005, Februar): Das Atlantische Bündnis in der Anpassungskrise, Studie für die Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin (SWP), Berlin.
< http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=1939>
- Held**, David / Koenig-Archibugi, Mathias (2004): American Power in the 21st century, Cambridge / Malden.

- Jäger**, Wolfgang / **Welz**, Wolfgang (edd.) (1995): Regierungssystem der USA, München / Wien / Oldenbourg.
- Kagan**, Robert (2002, June, July): Power and Weakness, in: Policy Review, 6/7 02, 3-28.
- Karp**, Regina (2005): Transatlantic relations after 9/11 and Iraq Continuities and Discontinuities, in: **Gärtner**, Heinz / Cuthbertson, Ian. (edd.) (2005): European Security and Transatlantic Relations after 9/11 and the Iraq war, Hampshire / New York, 103-117.
- Kaim**, Markus (2006, September): EU Battle Groups und Civilian Headline Goal – Zielmarken der ESVP, in: **Perthes**, Volker / Mair, Stefan (edd.) (2006, September): Europäische Außen- und Sicherheitspolitik. Aufgaben und Chancen der deutschen Ratspräsidentschaft, Studie für die Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin (SWP), Berlin, 19-22.
- Krell**, Gert (2003): Arroganz der Macht, Arroganz der Ohnmacht – Die Weltordnungspolitik der USA und die transatlantischen Beziehungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31-32/2003, 23-30.
- Maurer**, Andreas (2006, September): Die Stimme Europas in der Welt stärken, in: **Perthes**, Volker / Mair, Stefan (edd.) (2006, September): Europäische Außen- und Sicherheitspolitik. Aufgaben und Chancen der deutschen Ratspräsidentschaft, Studie für die Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin (SWP), Berlin, 11-14.
- National Defense Strategy** of the United States of America
< <http://www.defenselink.mil/news/mar2005/d20050318nds2.pdf>>
- National Strategy for Combating Terrorism** (September 2006)
< <http://www.whitehouse.gov/nsc/nsct/2006/nsct2006.pdf>, accessed on January 2008, 15th>
- National Security Strategy** of the United States of America (2002)
<<http://www.whitehouse.gov/nsc/nss/2002/nss.pdf>>
- National Security Strategy** of the United States of America (2006)
<<http://www.whitehouse.gov/nsc/nss/2006/nss2006.pdf>>
- Nelson**, Daniel N. (2005): Three Fictions of transatlantic relations, in: **Gärtner**, Heinz / Cuthbertson, Ian. (edd.) (2005): European Security and Transatlantic Relations after 9/11 and the Iraq war, Hampshire / New York, 118-133.
- Ondarza**, Nicolai von (2008, Oktober): Die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Schatten der Ungewissheit. Bestandaufnahme und Optionen nach dem irischen Nein zum Lissabonner Vertrag, Studie für die Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin (SWP), Berlin.
- Penska**, Susan E. (2005): Defining the Enemy: EU and US threat perceptions after 9/11 in: **Gärtner**, Heinz / Cuthbertson, Ian. (edd.) (2005): European Security and Transatlantic Relations after 9/11 and the Iraq war, Hampshire / New York, 19-32.
- Perthes**, Volker / Mair, Stefan (edd.) (2006, September): Europäische Außen- und Sicherheitspolitik. Aufgaben und Chancen der deutschen Ratspräsidentschaft, Studie für die Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin (SWP), Berlin.

- Posen**, Barry R. (2002): The Struggle against Terrorism. Grand Strategy, Strategy and Tactics, in: International Security, Vol. 26, No. 3, 39-55.
- Plate**, Bernard von (2003, Mai): Die Zukunft des transatlantischen Verhältnisses: Mehr als die NATO, Studie für die Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin (SWP), Berlin.
- Rees**, Wyn / Aldrich, Richard, J. (2005): Contending cultures of counterterrorism: transatlantic divergence or convergence?, in: International Affairs, 81, 5, 905-923.
- Rice**, Condoleezza (July/August 2008): Rethinking the National Interest, in: Foreign Affairs. <einzu sehen auf: <http://www.foreignaffairs.org/20080701faessay87401-p0/condoleezza-rice/rethinking-the-national-interest.html>>
- Risse**, Thomas (2004): Beyond Iraq: The Crisis of the Transnational Security Community, in: **Held**, David / Koenig-Archibugi, Mathias (2004): American Power in the 21st century, Cambridge / Malden.
- Ritter**, Zaccary / Schmidt, Peter (2006, May): Strategy Synopsis. An Overview of the National Security Strategies of EU and NATO countries, Workingpaper FG 2, Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin (SWP), Berlin.
- Rudolf**, Peter (2005): George W- Bushs außenpolitische Strategie, Studie für die Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin (SWP), Berlin. < http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=2430>
- Schweigler**, Gebhard (2004): Außenpolitik, in: Regierungssystem der USA, München / Wien / Oldenbourg, 410-506.
- State of the Union Address to Congress and the Nation 2002** by President G.W. Bush < <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/01/print/20020129-11.html>, accessed on January 2008, 15th>
- State of the Union Address to Congress and the Nation 2008** by President G.W. Bush < <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2008/01/20080128-13.html>>
- Weißbuch 2006**, Bundesministerium der Verteidigung, Oktober 2006.